

Veränderung des realen Lebensstandards seit Beginn der Reformen antworteten 45,2%, daß sich dieser "erheblich erhöht", und 54,7%, daß sich der Lebensstandard "etwas erhöht" habe. Die übrigen gaben an, daß der Lebensstandard "nicht verändert" (1,7%), "etwas gesunken" (0,3%) bzw. "beträchtlich gesunken" (0,1%) sei.

Eine knappe Mehrheit der Befragten (51%) ist der Meinung, daß ihre wirtschaftlichen Rechte und Interessen nicht ausreichend garantiert würden. (CD, 29.9.92) Auf die Frage, wie gut der Volkskongreß auf Gemeindeebene funktioniere, antworteten 47,3% mit "nicht besonders", 11,2% mit "schlecht", 7,1% mit "sehr schlecht", während lediglich 12,3% dem Funktionieren des untersten staatlichen Organs die Bewertung "gut" und 22,1% "recht gut" gaben.

Als Gründe für die Schwächen in der Rechtsordnung auf dem Lande nannten 30,7% "die Durchführung der Gesetze (individuelle Urteile statt Rechtssystem)", 17% "fehlendes Personal zur Vollstreckung der Gesetze" und 13,3% "unzureichende Rechtsaufklärung"; die restlichen 39,1% gaben als Grund das "schwache Rechtsbewußtsein der Bauern" an. (BRU, 8.9.1992)

Wie die *China Daily* in ihrem Kommentar zum Rechtssystem und zur Rolle der Volkskongresse auf Gemeindeebene ausführt, seien die Bauern enttäuscht, daß der lokale Volkskongreß seine Funktion als verantwortungsvolles Überwachungsorgan nicht erfülle. Zwar habe der Staatsrat schon eine Reihe von Bestimmungen zur Beschränkung der ökonomischen Belastungen für die Bauern erlassen, doch ohne eine entsprechende Wirkung zu erzielen. Gegen ungerechtfertigte Gebührenerhebung seien bereits viele Verfahren gegen die lokalen Kader und die Verwaltungen durchgeführt worden, in denen im allgemeinen die Bauern Recht erhielten.

Andererseits wiesen die Basiskader auch darauf hin, daß sie von übergeordneten Ebenen Anweisungen über die Einziehung ungerechtfertigter Gebühren erhielten, die sie an die Bauern weitergeben mußten; so seien sie eingezwängt zwischen den fordernden

vorgesetzten Stellen und den verärgerten Bauern. Für die Mehrheit der Basiskader (62%) erscheint dementsprechend das Verständnis beider Seiten für ihre Situation die wichtigste Voraussetzung für die Erfüllung ihrer Aufgaben. Auch ein Großteil der befragten Bauern (40%) glaubt, daß die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Kadern und der ländlichen Bevölkerung der beste Weg für die Anerkennung der Autorität der Lokalregierungen sei. Nach Einschätzung von Li Kang sei ein freundlicheres Bild der Kader wünschenswerter als strenge administrative Kontrolle, da ein stärkerer Druck nur die Spannungen erhöhen würde.

In der Befragung wurden auch die Erwartungen der ländlichen Bevölkerung an die Gesellschaft bzw. die Regierungsstellen untersucht. Der überwiegende Teil der Befragten antwortete, daß sich die Bauernhaushalte heute bei der landwirtschaftlichen Produktion "auf ihre eigene Stärke" (66,8%) und auf die Unterstützung durch "Verwandte und Freunde" (6,4%) verlassen; rund ein Viertel antwortete, daß sie sich in der Produktion "auf die kollektive Stärke der Dorfbewohnerkomitees" (13%) und der "Gemeindeverwaltung" (13,8%) stützten. Auch rechnen die meisten Bauern der Umfrage zufolge nicht mit der Unterstützung durch die lokale Regierungsorganisationen in privaten Notlagen wie Alter, Krankheit und Tod. So gaben 65,4% an, daß die Bauernfamilien diese Situationen "aus eigener Kraft" und durch Unterstützung von "Verwandten und Freunden" (15,7%) meistern. Nur 8,6% bzw. 10,3% gingen von einer Unterstützung durch Dorfbewohnerkomitees und Gemeindeverwaltungen aus. Allerdings erwartet der überwiegende Teil der Bauern (65%) durchaus Unterstützung bei Naturkatastrophen von den Organisationen auf Dorf- und Gemeindeebene.

Deutlich wurde in der Befragung ebenfalls, daß sich bereits ein großer Teil der ländlichen Bevölkerung bei der Bodennutzung und Produktionsplanung an "Veränderungen der Marktnachfrage" (36,9%) orientiert, jedoch 41% noch "am eigenen Bedarf" und 22,1% an der "Planung der Gemeindeverwaltung". Auf die Frage, welche Organisation die Mittlerrolle zwischen

bäuerlicher Einzelproduktion und Markt am besten ausfüllt, antworteten 34,5% noch mit "staatliche Handelsorganisationen", 12,2% mit "Gemeindeverwaltungen", 16,1% mit "Dorfbewohnerkomitees", 26,2% mit "Zusammenschlüssen von Bauernhaushalten" und 10,9% mit "Bauernhaushalte". -schü-

---

## Taiwan

---

\*(37)

### Rüstungswettrennen auf beiden Seiten der Taiwan-Straße

Nach zehnjährigem Zögern ist Washington nun bereit, Kampfflugzeuge des Typs F-16 an Taiwan zu liefern. Bis Ende 1978 war die Guomindang (Kuomintang)-Regierung in Taiwan enger Verbündeter der USA. Dann war Washington aufgrund der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Beijing gezwungen, seine offiziellen Beziehungen zu Taipei einschließlich des Beistandspaktes von 1954 zu beenden. Kurz darauf verabschiedete der US-Kongreß mit überwiegender Mehrheit ein Gesetz zur Neuregelung der "inoffiziellen" Beziehungen zu Taiwan, den "Taiwan Relations Act", das u.a. vorsieht, daß die USA weiterhin Defensivwaffen an Taiwan liefern, wenn es nach dem Urteil des Präsidenten und des Kongresses für erforderlich angesehen wird. (Ausführlich dazu siehe C.a. März 1979, Ü 47, S.188f.) Die US-Regierung unter Ronald Reagan erklärte jedoch im Sino-amerikanischen Gemeinsamen Kommuniqué vom 17. Aug. 1982, daß sie im Hinblick auf Beijings Absicht einer friedlichen Lösung der Taiwan-Frage nicht daran denke, eine langfristige Politik der Waffenverkäufe an Taiwan zu betreiben, daß die Waffenverkäufe an Taiwan weder qualitativ noch quantitativ das Niveau der in den letzten Jahren seit Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur VR China getätigten Waffenlieferungen überschreiten würden und daß sie die Absicht habe, ihre Waffenverkäufe an Taiwan schrittweise zu reduzieren und nach einer gewissen Zeit eine grundsätzliche Lösung herbeizuführen. Um mit der Zeit eine

endgültige Beilegung der von der Geschichte hinterlassenen Frage der US-Waffenlieferungen an Taiwan zu erlangen, so heißt es in dem Kommuniqué weiter, werden beide Regierungen alle Anstrengungen unternehmen. (Ausführlich dazu siehe Yu-Hsi Nieh, "Neue Verhandlungen über die Taiwanfrage zwischen Beijing und Washington", in: C.a. Sept. 1982, S.558f)

Seitdem waren Taiwans unermüdliche Versuche, F-16-Kampfflugzeuge zu erwerben, stets auf taube Ohren in Washington gestoßen. Die plötzliche Kehrtwendung ist ein Beschluß Bushs wohl vor allem aus wahltaktischen Gründen. Nicht von ungefähr hat der Präsident seine Zustimmung zum Verkauf der F-16 an Taiwan am 2. Sept. während einer Wahlkampfede in Fort Worth im Bundesstaat Texas verkündet. Texas ist sein Heimatstaat und Fort Worth Sitz der F-16-Herstellerfabrik von General Dynamik. Angesichts mangelnder Aufträge hatte das Unternehmen angekündigt, binnen zwei Jahren 5.800 seiner 20.000 Beschäftigten in Fort Worth entlassen zu müssen. Durch das neue Geschäft mit Taiwan könnten 3.000 Arbeitsplätze gesichert und in Zulieferfirmen weitere 7.000 Stellen bewahrt werden. Taiwan will insgesamt 150 Maschinen des Typs F-16 im Wert von 6 Mrd.US\$ bestellen. (LHB, 2.-4.9.92; ZYRB, 4.-5.9.92; ZZ, 11.9.92; NZZ, 4.-5.9.92; IHT, 4.9.92; AWSJ, 3.9.92)

Beijing hat Bushs Entscheidung scharf verurteilt. Am 3. Sept. wurde der US-Botschafter in Beijing, J. Stapleton Roy, ins chinesische Außenministerium bestellt, wo ihm "schärfster Protest" übergeben wurde. Vizeaußenminister Liu Huaqiu warf der US-Regierung die Verletzung des Sino-amerikanischen Gemeinsamen Kommuniqués vom 17.8.1982 vor und forderte eine Rücknahme der Entscheidung. Solange die USA ihren Beschluß nicht korrigieren, werde es China schwerfallen, an der Sitzung der fünf Großmächte über Rüstungskontrolle teilzunehmen. Falls die amerikanische Seite eigensinnig ihren Weg gehe, so Liu, könnten die chinesische Regierung und das chinesische Volk nicht umhin, scharf darauf zu reagieren. Die US-Regierung solle die Verantwortung für alle sich daraus entwickelnden Konsequenzen übernehmen. Die gleiche Warnung äußerten der Sprecher des chinesischen Au-

ßenministeriums, Wu Jianmin, auf einer Pressekonferenz in Beijing und der chinesische Außenminister Qian Qichen am Rande des Blockfreiengipfels in Jakarta. (XNA, 4.9.92; DGB, 5.9.92) Heftige Kritik und Protest kamen auch aus chinesischen Volksvertretungsorganen und der Presse. (RMRB, 5.9.92; DGB, 6.9.92; SWB, 4.-9.9.92)

Die Amerikaner zeigten sich sehr gelassen in bezug auf die chinesische Reaktion. Sie wiesen Beijings Vorwürfe zurück und begründeten den Verkauf der F-16 an Taiwan damit, daß er dem militärischen Gleichgewicht, der Stabilität und dem Frieden im Gebiet der Taiwan-Straße diene. Der Sprecher des US-Außenministeriums wies außerdem in einer Erklärung am 3. September darauf hin, daß Beijing vor kurzem von Rußland moderne Kampfflugzeuge vom Typ SU-27 erworben habe. Hingegen verfüge Taiwans Luftwaffe zur Zeit hauptsächlich immer noch über die längst veralteten Maschinen vom Typ F-104 (Starfighter) und F-5E, für die die USA kaum Ersatzteile mehr liefern könnten. Was seine Regierung tue, sei nur, das Niveau der Luftwaffe Taiwans zu erhalten. Damit meint er also, daß der Verkauf von F-16 nicht gegen das Sino-amerikanische Gemeinsame Kommuniqué vom 17. August 1982 verstoße. (ZYRB, 6.9.92; IHT, 5./6.9.92) Der Sprecher des US-Außenministeriums machte in einer ergänzenden schriftlichen Antwort auf die Fragen der Presse darauf aufmerksam, daß die US-Regierung gemäß dem "Taiwan Relation Act" defensive Waffen an Taiwan liefern dürften und daß das gemeinsame Kommuniqué von 1982 kein Gesetz, sondern nur eine politische Erklärung sei. Es ergäben sich beim Verkauf von F-16 an Taiwan keine Rechtsprobleme. (LHB, 6.9.92; ZYRB, 7.9.92)

Um Beijing zu besänftigen, hob Washington am 11. September das wegen der blutigen Niederwerfung der Demokratiebewegung von 1989 in Beijing verhängte Lieferverbot von sechs Nachrichtensatelliten im Wert von 650 Mio.US\$ an China auf. (LHB, 13.9.92) Der Abteilungsleiter für Ostasien und Pazifik im US-Außenministerium, William Clark, reiste am 7. September nach Beijing zur Erklärung der China-Politik Washingtons und führte Gespräche mit dem chinesischen Vizeaußenminister Liu Huaqiu. Allerdings haben seine Bemühungen den Ärger

Beijings nicht dämpfen können. Am 21. September kündigte das Weiße Haus an, weitere 12 Anti-U-Boot-Hubschrauber im Wert von 161 Mio. US\$ an Taiwan zu verkaufen. (LHB, 22.9.92; DGB, 23.9.92) Dadurch wurde buchstäblich "Öl ins Feuer gegossen". Bereits vor Bushs Entscheidung zum Verkauf der F-16 an Taiwan hatte Beijing schon am 25. Juli "einen starken Protest" gegen den Beschluß der USA über Leasing von Kriegsschiffen an Taiwan erhoben. (XNA, 26.7.92)

Der amtierende US-Außenminister Lawrence Eagleburger rechnete mit einer gewissen Belastung der Beziehungen zwischen Washington und Beijing durch den Verkauf der F-16 an Taiwan. Er meinte, daß die Beziehungen beider Seiten seit dem Vorfall vom 4. Juni 1989 sowieso nicht mehr gut seien und mahnte Beijing, auf die US-Waffenlieferungen an Taiwan nicht übermäßig zu reagieren. Er sagte: "Sie müssen verstehen, daß es für Sie ebenso Konsequenzen wie für andere gibt, wenn sie schlecht reagieren." (SZ, 11.9.92; ZYRB, 7.9.92; FEER, 17.9.92, S.13)

In der Tat ist zur Zeit eher die VR China auf die USA angewiesen als umgekehrt. Nach dem Zerfall der Sowjetunion verminderte sich die geostrategische Bedeutung Chinas für die USA. Hingegen nimmt die Bedeutung des US-Marktes für die chinesische Wirtschaft ständig zu. Im Handel beider Seiten gab es in den ersten sieben Monaten d.J. einen Überschuß von 9 Mrd.US\$ zugunsten der VR China, und für das ganze Jahr wird ein chinesischer Aktivsaldo von 15 Mrd.US\$ erwartet. Um das hohe Defizit abzubauen, zwang Washington in Handelsverhandlungen Beijing, den chinesischen Markt zu öffnen. Der US-Kongreß beschloß, die Meistbegünstigung für China mit den Bedingungen für Menschenrechte, Waffenkontrolle und Handelspolitik der Regierung Beijing zu verknüpfen. Es war Präsident Bush, der sein Veto dagegen einlegte. Ein Handelskrieg Beijings gegen Washington würde sicher China selbst mehr Schaden bringen als den USA.

Als Vergeltungsmaßnahme der VR China gegen die Verstärkung der US-Waffenlieferungen an Taiwan bleibt offenbar nur eine Distanzierung in der Zusammenarbeit bei der internationalen Waffenkontrolle. Ferner wird Bei-

jing wahrscheinlich noch mehr moderne Waffen von der GUS kaufen. Neben SU-27 soll die chinesische Regierung, so heißt es schon seit längerem, vorhaben, auch Kampfflugzeuge vom Typ MiG-31, Bomber vom Typ TU-22 M sowie den im Bau in der Chermorsky-Werft in der Ukraine befindlichen Flugzeugträger "Wa-yag" zu erwerben (FEER, 3.9.92).

Washingtons Lieferung von F-16 an Taiwan dürfte anderen Ländern einen Präzedenzfall schaffen, ebensolche Geschäfte mit Taiwan zu tätigen. Wegen Washingtons langem Zaudern beim Verkauf von F-16 hatte Taiwan gleichzeitig versucht, auch in Frankreich, Israel, Rußland sowie Schweden moderne Kampfflugzeuge zu erwerben. Bislang haben diese Länder aus Rücksicht auf Beijing noch keine Zusage an Taiwan gemacht. Nach Bushs Entscheidung erklärte sich Paris jedoch sofort bereit, der Lieferung von Mirage 2000-5 an Taiwan zuzustimmen. Um Beijing nicht zu überreizen, setzte die US-Regierung Taiwan unter Druck, sich vom Kauf "offensiver" Kampfflugzeuge zurückzuhalten. "Die Entscheidung der USA für die Lieferung von F-16 reicht bereits für den Bedarf von Taiwans Verteidigung aus", sagte der Sprecher des US-Außenministeriums am 9. September. (LHB, 12.9.92) Daraufhin hat Taiwan die Unterzeichnung des Kaufvertrages von 60 Mirage 2000-5 in einem Gesamtwert von 2,6 Mrd.US\$ mit dem französischen Hersteller Dassault Aviation auf einen "entsprechenden Zeitpunkt" verschoben, obwohl diese dabei den ursprünglichen Stückpreis von 54 Mio.US\$ um 20% reduziert hatte. (LHB, 6., 12.-13.9.92) In der Tat will Washington nur die technisch bereits veralteten und defensiven Modelle F-16 A, B an Taiwan liefern, nicht die neuen leistungsstärkeren offensiven F-16 C, D. Die Lieferungen erfolgen erst ab 1996.

1990 hatte Paris auf Druck von Beijing hin einen bereits ausgehandelten Vertrag über die Lieferung von sechs Fregatten der La Fayette-Klasse an Taiwan rückgängig gemacht. 1991 wurde dann vereinbart, die Kriegsschiffe ohne Waffensysteme im Wert von 2 Mrd. US\$ zu liefern. Darüber hinaus sollen die Franzosen bereit sein, das Patent für die Herstellung von weiteren zehn Fregatten der gleichen Klasse in Taiwan im Wert von 5 Mrd.US\$ zu ver-

kaufen. Angeblich wird die französische Firma CSEE-Défense Waffen von DAGAIE MK und NAJIR im Wert von 54 Mio.US\$ für die sechs Fregatten nachrüsten. (LHB, 16.5.92) *Der Spiegel* (30/1992) hat im Juli d.J. berichtet, daß die deutsche Weser-Werft Abeking & Rasmussen in Lemweder 1990/91 vier Minenjäger-Schiffe im Auftrag Taiwans gebaut habe. Die 500 t großen und 49,7 m langen Schiffe seien zunächst als "Mehrzweck-Küstenversorger" an die "Chinese Petroleum Corporation" in Taiwan geliefert, dann dort unter Mitwirkung deutscher Ingenieure und Techniker zu militärischen Schiffen für Taiwans Marine umgebaut worden. -ni-

\*(38)

#### Halbamtliche Beziehungen zu Rußland

Taiwan und Rußland haben halbamtliche Beziehungen aufgenommen. Vizeaußenminister Zhang Xiaoyan (John Chang) gab am 8. September in Taipei bekannt, daß beide Seite zwischen April und Juni d.J. Vereinbarungen über Einrichtung von Koordinierungsorganisationen und Vertretungsbüros unterzeichnet haben. Zhang selbst leitet die Organisation auf taiwanesischer Seite mit der Bezeichnung "Taipei-Moscow Economic and Cultural Coordination Commission" (TMECCC), die bald Vertretungsbüros in Moskau, St. Petersburg und Wladiwostok eröffnen wird. Das russische Pendant "Moscow-Taipei Economic and Cultural Coordination Commission" (MTECCC) wird jeweils in Taipei und Kaohsiung (Gaoxiung) ein Büro einrichten. Leiter der MTECCC ist Oleg Lobow, früher stellvertretender Ministerpräsident der ehemaligen Sowjetunion und jetzt Vorsitzender des Beraterrats des russischen Präsidenten. Er hatte auch mit Zhang über die genannten Vereinbarungen verhandelt.

Zhangs Erklärung zufolge sind die TMECCC und MTECCC formell zwar nur Privatorganisationen, aber ihre Vertretungsbüros dürfen Visa ausstellen und genießen zahlreiche diplomatische Privilegien. Er betonte, Taiwan habe den Russen bei Aufnahme der halbamtlichen Beziehungen keine Hilfefzusagen gemacht; man sei jedoch bereit, über Kreditwünsche Rußlands zu reden. Erst Anfang d.J. hatte Taiwan

Rußland 100.000 t Reis gespendet. (ZYRB, CP und LHB, 9.9.92; FCJ, 11.9.92; NZZ, 10.9.92)

Auf einer Pressekonferenz am 10. Sept. sagte der Sprecher des Außenministeriums in Beijing, die VR China sei entschieden gegen die Aufnahme diplomatischer oder irgendanderer offizieller Beziehungen eines Staates, der diplomatische Beziehungen zur VR China unterhält, zu Taiwan. Zugleich merkte er aber an: "Wir haben nichts gegen deren rein nichtstaatlichen Austausch." (SWB, 12.9.92)

Vom 16. bis 22. Sept. besuchte Lobow Taiwan in Begleitung des Ersten Vizeministers für Handel und Materialressourcen, W. Wojagow, des Leiters der Abteilung für Handel und Wirtschaftsangelegenheiten mit Asien und der pazifischen Region des Ministeriums für Außenwirtschaftsangelegenheiten, W. Koptewsky, des stellv. Leiters der Abteilung für Außenwirtschaftsangelegenheiten der russischen Regierung, M. Zhernow, u.a. Neben den Gesprächen mit den TMECCC-Partnern wurde die Delegation der MTECCC vom Ministerpräsidenten Hao Bocun (Hau Pei-tsun), Außenminister Qian Fu (Frederick Chien), Verkehrsminister Jian Youxin (Eugene Chien) u.a. empfangen. Am Schluß des Besuchs wurde von beiden Seiten ein allgemeines Protokoll über die Zusammenarbeit und den Austausch auf den Gebieten des Handels, der Wissenschaft und Technologie und Kultur und jeweils ein Memorandum über Luftverkehr und Tourismus unterzeichnet. (LHB u. CP, 23.9.92; ZYRB, 24.9.92)

Die diplomatischen Beziehungen der Guomindang (Kuomintang)-Regierung mit dem Kreml wurden im Oktober 1949 abgebrochen, nachdem die damalige Sowjetunion die neue KPCh-Regierung in Beijing anerkannt hatte. Zhang bezeichnete es als Anfang einer neuen historischen Epoche, daß beide Seiten nach über 42 Jahren wieder quasioffizielle Verbindungen aufnehmen. Am Tag der Abreise Lobows nach Taiwan erließ die russische Regierung jedoch ein Dekret, in dem Präsident Jelzin Rußlands "Ein-China-Politik" bekräftigt. "Rußland geht davon aus, daß es nur ein China gibt und Taiwan ein untrennbarer Teil Chinas ist." Der Sprecher des Präsidialamts

Witaliy Kostikow sagte, Rußland unterhalte keine offiziellen staatlichen Beziehungen mit Taiwan. Es gebe nur "inoffizielle" Beziehungen zwischen Privatleuten, Nichtregierungsorganisationen und privaten Firmen beider Seiten. (SWB, 16.9.92) Lobow jedoch erklärte in Taiwan, seine Delegation sei von Präsident Jelzin in hohem Maße bevollmächtigt, mit Taipei über die gemeinsame Förderung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen beider Seiten zu verhandeln. Es scheint, daß Lobows "private" Diplomatie dem russischen Außenministerium ziemlich den Ärger bereitet. (ZYRB, 21. u. 24.9.92) -ni-

\*(39)

#### Besuch des lettischen Ministerpräsidenten Godmanis

In Begleitung des Außen-, Finanz-, Verkehrs-, Landwirtschafts- und Bildungsministers, des Ministers für Bau und Energie und des Präsidenten der nationalen Zentralbank besuchte der lettische Ministerpräsident Ivars Godmanis vom 13. bis 17. Sept. Taiwan. Wie berichtet (C.a. Dez. 1991, Ü 34, S.760f, und Feb. 1992, Ü 34, S.80), hatte der baltische Staat nach Erlangung seiner Unabhängigkeit im September des vergangenen Jahres zuerst diplomatische Beziehungen zu Beijing aufgenommen und dann im November mit Taiwan die Aufnahme offizieller Handelsbeziehungen vereinbart. Nach dem offiziellen Besuch des lettischen Außenministers Janis Jurkans in Taiwan im letzten Dezember war das taiwanesisches Handelsbüro in Riga in "Mission der Republik China" umbenannt worden; Ende Januar d.J. hatten beide Seiten beim Besuch des taiwanesischen Vizeaußenministers Zhang Xiaoyan (John Chang) in Riga weiter vereinbart, ihre Beziehungen auf Generalkonsulebene anzuheben. Aus Protest gegen die "Zwei-China-Politik" der lettischen Regierung verzichtete Beijing auf die geplante Eröffnung seiner Botschaft in Riga. Allerdings sind die diplomatischen Beziehungen Beijing-Riga noch nicht abgebrochen oder "suspendiert" worden.

Bei dem jetzigen Besuch von Ministerpräsident Godmanis in Taiwan wurden ein Vertrag über Investitionsgarantie und eine Absichtserklärung zur Kooperation im Fremdenverkehr zwischen beiden Seiten unterzeichnet.

Ministerpräsident Hao Bocun (Hau Pei-tsun) spendete der lettischen Bevölkerung Medikamente im Wert von 200.000 US\$. Im März d.J. hatte Taiwan Lettland bereits 10 Mio.US\$ zur Überwindung der Ölknappheit bereitgestellt. (LHB, 11. u.18.9.92; ZYRB, 19.9.92; CP, 14. u.18.9.92; FCJ, 18.9.92) -ni-

\*(40)

#### Beziehungen zu Mittelamerika

Am 7. und 8. Sept. fand in Taipei die 1. Tagung der im letzten Dezember gegründeten Organisation für Zusammenarbeit zwischen Taiwan und Mittelamerika ("ROC-Central America Mixed Commission of Cooperation") statt, an der Außenminister Qian Fu (Fredrick Chien) und seine Amtskollegen aus sieben mittelamerikanischen Staaten (Belize, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Panama) teilnahmen. In einer gemeinsamen Erklärung nach Abschluß der Tagung betonte Qian Taiwans Bereitschaft, die Integrationsplanung von Mittelamerika zu unterstützen. Zur Förderung der Wirtschaftsentwicklung bot er den Staaten dieser Region Hilfe im Rahmen der Berufsausbildung, Verbesserung der Produktionsstruktur und des Transportsystems an, um die Produktivität, Produktqualität und Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen Markt anzuheben. Auf der anderen Seite äußerten die mittelamerikanischen Außenminister ihre Bereitschaft, Taiwans Rückkehr in die internationalen Organisationen zu unterstützen und weitere Förderungsmaßnahmen für Investitionen aus Taiwan auszuarbeiten. (LHB, 9.9.92; FCJ, 11.9.92)

Mittelamerika gilt als die letzte starke Bastion Taiwans im diplomatischen Kampf mit Beijing. Die Taipeier Regierung ist an der "Central American Bank of Economic Integration" mit einem Beitrag von 150 Mio.US\$ beteiligt. Außerdem hat sie jeweils 30 Mio.US\$ Entwicklungshilfe an Costa Rica, Nicaragua und Honduras gewährt.

In den vergangenen zehn Monaten haben insgesamt drei Staatsoberhäupter aus Mittelamerika Taiwan besucht: Im Oktober letzten Jahres war der Präsident von Honduras, Rafael Leonardo Callejas, zu Besuch, im März d.J. Nica-

raguas Präsidentin Violeta Chamorro und jetzt vom 29. August bis 2. Sept. Guatemalas Präsident Jorge Antonio Serrano. (FCJ, 1.9.92; ZYRB, 31.8. u. 4.9.92) -ni-

\*(41)

#### Zunehmender Austausch zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße

Nach dem spektakulären Besuch einer ersten Delegation von sieben hochkarätigen Naturwissenschaftlern aus dem chinesischen Festland in Taiwan im Juni d.J. (C.a. Juni 1992, Ü 33, S.353f) hielt sich eine 18köpfige Delegation von Journalisten des chinesischen Festlands vom 5.-12. Sept. eine Woche lang in Taiwan auf. Außerdem kamen vier bekannte, betagte Naturwissenschaftler zu einem einwöchigen (10.-17.9.) Besuch: Zhao Zhongyao (90), Tang Peisong (89), Huang Jiqing (88) und Feng Depei (85); sie gehören zu den ersten in Nanking gewählten Mitgliedern der Academia Sinica der Guomindang-Regierung.

Während ihres Aufenthalts in Taiwan führten vier der Journalisten - ein Kommentator der *Volkszeitung* (RMRB), eine Reporterin der Presseagentur Xinhua, ein Reporter des Zentralen Volksrundfunks und ein Photograph des Zentralen Fernsehens von Beijing - ein aufsehenerregendes Interview mit dem legendären General Zhang Xueliang (90). Zhang, bekannt als "Junger Marschall" der nordostchinesischen Truppen, hatte am 12. Dezember 1936 durch einen Coup in Xian Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek) festgenommen und ihn gezwungen, den Bürgerkrieg gegen die chinesischen Kommunisten einzustellen. Nach der Beilegung der "Xian-Affäre" war Zhang von Jiang unter Hausarrest gestellt worden. Erst nach dessen Tod 1975 und nach dem Ableben seines Sohnes und Nachfolgers Jiang Jingguo (Chiang Chingkuo) 1988 bekam Zhang allmählich seine Freiheit wieder zurück. Vor kurzem konnte er sogar eine Reise in die USA unternehmen.

Zu den Journalisten vom Festland sagte er, er befürworte die Vereinigung Chinas. Trotz aller komplizierten Fragen sei er optimistisch über die Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Seiten der Taiwan-Straße. Er möchte aber nicht so viel über politisch empfindliche Fragen sprechen.

Gesundheitlich gehe es ihm, von Beinbeschwerden abgesehen, nicht schlecht. Zu gegebener Zeit möchte er seine alte Heimat in Nordostchina mal wiedersehen. Wann diese Gelegenheit kommen könnte, wagte er allerdings nicht zu benennen.

Die KPCh sieht Zhang als einen nationalen und historischen Helden an und hatte in der Vergangenheit stets seine Freilassung gefordert. In Beijing löste im letzten Jahr eine Reihe von Fernsehfilmen über ihn ein "Zhang Xueliang-Fieber" aus. Auf die Frage, ob er einen dieser Filme sehen möchte, sagte er: "Ich werde dramatisiert. Ich muß es nicht sehen. Es stimmt alles nicht. Wie können die anderen unsere Sache wissen." Er meinte dabei die Xian-Affäre. (ZYRB, 12.9.92; LHB, 11. u.12.9.92; CP, 11.9.92) -ni-

---

## Hongkong und Macau

---

\* (42)

### Niederlage der liberalen Kräfte bei einer Nachwahl in Hongkong

Am 30. August fand in den New Territories (West) eine Nachwahl zum Legislativrat statt. Überraschend wurde der von den liberalen Kräften unterstützte Kandidat He Junren (Ho Chunyan) von seinem konservativen Gegenkandidaten Deng Zhaotang (Tang Siu-tong) geschlagen. Von den 64.000 abgegebenen Stimmen entfielen 51,3% auf Deng, 47,6% auf He und 1,1% auf den dritten Kandidaten Xiao Sizhen (Sui See-chun). Deng soll angeblich von der beijingfreundlichen Gewerkschaft FTU (Federation of Trade Unions) unterstützt worden sein. (SCMP, 30.8. und 1.9.92; DGB, 1.9.92) Einschließlich der Nachwahl im Dezember haben die Liberalen im letzten Jahr 17 der insgesamt 18 von den Wählern direkt gewählten Sitze im Legislativrat errungen. -ni-

\* (43)

### Wachstumsprognose für Hongkong 1992 erneut nach oben revidiert

Die Wirtschaft Hongkongs strahlt trotz des bereits monatelang unterbrochenen Dialogs zwischen Beijing und

London Zuversicht im Hinblick auf die nächste Zukunft aus. Die gute Stimmung in der Kolonie reflektieren die von der angesehenen Hongkong and Shanghai Banking Corp. (HSBC) nach oben revidierten Wachstumsprognosen für das laufende Jahr. Nach diesen kann 1992 mit einem gesamtwirtschaftlichen Leistungsplus zwischen real 5 und 6% bei einer allerdings weiterhin hohen Inflationsrate gerechnet werden.

Den vorrangigen Träger für die anhaltende Konjunkturbelebung mit einem erwarteten Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 5,5 (1991: +4,2; 1.Halbjahr 1992: +4,7)% wird nach Einschätzung der Bank erneut die rasante Aufwärtsentwicklung des Außenhandels abgeben. Für die Exporte wird eine Zunahme von 19,2 (Vorjahr: +16,6)% unter Führung der Wiederausfuhren von 27,0 (+26,3)% und für die Importe eine Erhöhung von 21,3 (+19,0)% vorausgesehen. Die Hauptstütze dafür bildet der dynamische Verlauf des internationalen Warenverkehrs der VR China, die immerhin gut über ein Drittel ihres Handelsvolumens über Hongkong abwickelt.

Von ähnlich günstigen Aussichten geht die HSBC auch für den binnenwirtschaftlichen Bereich aus. Eine besonders hohe Expansionsrate von 12,5 (+9,2)% wird hier den Bruttoinvestitionen bei einem steilen Anstieg der Anlagen- und Ausrüstungsinvestitionen des staatlichen und privaten Sektors von 19,7 (+17,0)% prognostiziert. In engeren Grenzen soll sich nach diesen Ansätzen mit einem Plus von 6,6 (-0,9)% in Umkehrung der negativen Vorjahresabschlüsse die Ausweitung der privaten und staatlichen Wohnungs- und Verwaltungsbautätigkeit halten.

Einen im Vorjahresvergleich erneut verstärkten Auftrieb wird mit einer erwarteten Steigerung von 8,4 (7,7)% auch der Privatverbrauch aufweisen. Dazu dürfte zusammen mit der weiter erhöhten Konsumneigung der Bevölkerung zusätzlich der positive Verlauf des Fremdenverkehrs mit in diesem Jahr gut über 6 Mio. Auslandstouristen beitragen.

Weniger erfreulich mit einer vorausgeschätzten Inflationsrate von 9,8 (+12,0)% nehmen sich hingegen wieder die Perspektiven hinsichtlich der Preisstabilität aus. (NfA, 8.9.92) -ni-

\* (44)

### Handelsdefizit von Macau zugenommen

Nach jüngsten Statistiken der Regierung sind die Exporte Macaus im ersten Halbjahr 1992 mit einem Wertvolumen von 6,4 Mrd. Patacas (umgerechnet 830 Mio.US\$) um 10,9% gegenüber dem gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres gestiegen. Auf der anderen Seite wuchsen die Importe mit 7,7 Mrd. Patacas (1 Mrd.US\$) noch schneller, und zwar um 11,2%. Damit wies die Handelsbilanz der portugiesischen Kolonie in den ersten sechs Monaten d.J. ein Defizit von rd. 1,4 Mrd. Patacas (180 Mio.US\$) aus.

Der Export von Textilien und Garnen hatte einen Zuwachs von 12% zu verzeichnen. Der Import von Konsumgütern nahm um 10% und von Rohstoffen und Halbprodukten um 9,7% zu. Hingegen sanken die Ölimporte um 5,4%. (XNA, 8.9.92) -ni-

\* (45)

### Hohe Wahlbeteiligung in Macau

Am 20. September fanden die direkten Wahlen der 5. Legislativen Versammlung der portugiesischen Kolonie statt. Das Haus besteht aus 23 Mitgliedern: 8 direkt von den Wählern gewählt, 8 indirekt von Gesellschaftsorganisationen gewählt und 7 vom Gouverneur ernannt. Von den über 48.000 gemeldeten Wahlberechtigten sind über 26.000 zur Urne gegangen. Mit 55% lag die Wahlbeteiligung diesmal weit höher als vor vier Jahren mit nur 29%. 50 Kandidaten von 9 Gruppierungen kämpfen um 8 Sitze. Im Ergebnis haben die Gesellschaft der Einmütigkeit (Tongxin Xiejinhui) und die Gesellschaft der vereinten Kräfte (Qunli Cujinhui) jeweils zwei Sitze, die Gesellschaft für Freundschaft (Youyi Xiejinhui), die Allianz für den Aufbau der Zukunft von Macau, die Allianz der Arbeiter und die Gruppe für ein Demokratisches Neues Macau jeweils einen Sitz errungen.

Am gleichen Tag fanden auch die indirekten Wahlen von fünf Mitgliedern der Konsultativversammlung statt. 909 der insgesamt 1.542 Wahlberechtigten haben ihre Stimme abgegeben. Die Wahlbeteiligung lag bei 59,02%. (DGB, 22.9.92) -ni-